



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und Lagebericht

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Stadler Deutschland GmbH
Berlin

Nachtragsprüfung gemäß § 316 Abs. 3 HGB

Stadler Deutschland GmbH, Berlin

Geänderte Bilanz zum 31. Dezember 2023

A k t i v a

	31.12.2023		31.12.2022	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Software	25.754.940,17		2.251.398,00	
2. Geleistete Anzahlungen	3.923.787,32	29.678.727,49	31.840.373,73	34.091.771,73
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12.016.052,66		12.418.307,64	
2. Technische Anlagen und Maschinen	11.347.007,31		12.209.243,00	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	21.757.570,60		19.832.888,78	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.455.385,30	46.576.015,87	1.853.765,08	46.314.204,50
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.417.387,35		25.417.387,35	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	136.933.176,60	162.350.563,95	113.653.347,36	139.070.734,71
	238.605.307,31			219.476.710,94
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	283.145.403,64		332.590.317,42	
2. Fertige Erzeugnisse	81.423.363,64		57.333.328,93	
3. Geleistete Anzahlungen	126.137.439,77		97.002.038,22	
4. Erhaltene Anzahlungen	-490.706.207,05	0,00	-392.778.007,05	94.147.677,52
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	72.991.809,64		167.984.526,33	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	10.519.117,55		13.878.819,25	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	15.647.444,30	99.158.371,49	4.623.594,20	186.486.939,78
III. Sonstige Wertpapiere				
	1.943.932,00		1.431.601,16	
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten				
	66.668.841,80		26.861.146,69	
	167.771.145,29		308.927.365,15	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	566.129,44		725.756,63	
D. Aktive latente Steuern	5.607.416,55		9.299.764,31	
	412.549.998,59		538.429.597,03	

P a s s i v a

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	6.180.000,00	6.180.000,00
II. Kapitalrücklage	105.240.353,18	59.936.127,52
III. Bilanzverlust	-88.195.440,86	-27.695.774,34
	23.224.912,32	38.420.353,18
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	844.389,00	871.916,00
2. Sonstige Rückstellungen	92.202.628,48	85.827.254,12
	93.047.017,48	86.699.170,12
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	150.705.000,00	230.721.250,00
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	14.848.142,58	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.658.294,97	24.701.336,78
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	121.033.629,48	124.409.503,75
5. Sonstige Verbindlichkeiten	5.033.001,76	33.477.983,20
– davon aus Steuern		
EUR 1.537.226,71 (i. Vj. EUR 29.790.668,75) –		
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		
EUR 0,00 (i. Vj. EUR 0,00) –		
	296.278.068,79	413.310.073,73
	412.549.998,59	538.429.597,03

Stadler Deutschland GmbH, Berlin

Geänderte Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	2023	2022
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	466.752.573,12	990.245.864,71
2. Erhöhung (i. Vj. Verminderung) des Bestands an unfertigen und fertigen Erzeugnissen und unfertigen Leistungen	6.045.120,93	-410.815.454,66
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	518.956,75	1.208.833,99
4. Sonstige betriebliche Erträge – davon Erträge aus Währungsumrechnungen EUR 740.135,75 (i. Vj. EUR 2.741.282,63) –	61.772.714,30	48.490.925,31
5. Gesamtleistung	535.089.365,10	629.130.169,35
6. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-310.833.243,58	-349.721.314,68
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-72.999.045,58	-383.832.289,16
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-88.453.085,13	-79.698.823,27
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung – davon für Altersversorgung	-16.437.343,02	-104.890.428,15
EUR -77.375,44 (i. Vj. EUR -96.457,38) –		-15.412.725,62
8. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9.112.317,27	-7.557.702,55
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	-31.400.000,00	0,00
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen – davon Aufwendungen aus Währungs-umrechnungen EUR -2.858.830,46 (i. Vj. EUR -5.413.635,78) –	-79.890.282,08	-100.041.034,06
10. Erträge aus Beteiligungen – davon aus verbundenen Unternehmen EUR 0,00 (i. Vj. EUR 1.843.385,00) –	0,00	1.843.385,00
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens – davon aus verbundenen Unternehmen EUR 679.243,20 (i. Vj. EUR 713.116,86) –	679.243,20	713.116,86
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	440.983,31	4.582.847,01
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge – davon Erträge aus Abzinsungen EUR 183.251,72 (i. Vj. EUR 211.373,20) –	394.998,79	280.118,83
– davon aus verbundenen Unternehmen EUR 117.558,77 (i. Vj. EUR 57.808,22) –		
14. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	-33.885,72
15. Aufwendungen aus der Verlustübernahme	-3.479.869,97	0,00
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen – davon Aufwendungen aus Aufzinsungen EUR -15.356,00 (i. Vj. EUR -34.391,00) –	-8.370.936,29	-9.789.275,15
– davon an verbundene Unternehmen EUR -2.547.052,26 (i. Vj. EUR -2.210.493,82) –		
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag – davon Aufwendungen aus latenten Steuern EUR -3.692.347,76 (i. Vj. EUR -5.473.822,35) –	-3.818.583,36	-5.940.440,45
18. Ergebnis nach Steuern	-88.190.115,88	-14.479.016,24
19. Sonstige Steuern	-5.324,98	-7.031,62
20. Jahresfehlbetrag	-88.195.440,86	-14.486.047,86
21. Verlustvortrag des Vorjahrs	-27.695.774,34	-13.209.726,48
22. Entnahme aus der Kapitalrücklage	27.695.774,34	0,00
23. Bilanzverlust	-88.195.440,86	-27.695.774,34

Stadler Deutschland GmbH, Berlin

Geänderter Anhang für das Geschäftsjahr 2023

A. ALLGEMEINE ANGABEN

Die Stadler Deutschland GmbH hat ihren Sitz in Berlin und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg (Reg. Nr. HRB 74295 B).

Anwendung des HGB

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte nach den Vorschriften des HGB.

Der Jahresabschluss wurde gem. §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie den einschlägigen Vorschriften des GmbHG aufgestellt. Nach den Merkmalen des § 267 Abs. 3 HGB handelt es sich um eine große Kapitalgesellschaft.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 275 Abs. 2 HGB (Gesamtkostenverfahren) gegliedert.

Vergleichbarkeit zum Vorjahr

Die Vergleichbarkeit der Werte von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zum Vorjahr ist gegeben.

Änderung des Jahresabschlusses

Die Änderung des ursprünglichen erstellten Jahresabschluss beziehen sich, mit Ausnahme der Aktualisierung des Abschnittes Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, ausschließlich auf die Berücksichtigung einer erforderlichen Wertberichtigung von Vorräten eines Projekts in Höhe von 31.400 TEUR auf den niedrigeren beizulegenden Wert. Die Wertberichtigung betrifft mit 29.116 TEUR die unfertigen Erzeugnisse und mit 2.284 TEUR die fertigen Erzeugnisse. Der die Vorräte übersteigende Betrag der erhaltenen Anzahlungen wurde auf die Passivseite der Bilanz umgegliedert (14.848 TEUR). In der Gewinn- und Verlustrechnung wird die Wertberichtigung unter dem Posten 8.b) „Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten“ ausgewiesen. Die Wertberichtigung hat zur Folge, dass sich der Jahresfehlbetrag und somit der Bilanzverlust um 31.400 TEUR erhöhen und das Eigenkapital um diesen Betrag sinkt.

B. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden stetig angewendet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB). Zu den Liquiditätsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht, Abschnitt 6 „Chancen und Risiken der geschäftlichen Entwicklung“.

Im Einzelnen wird nach den folgenden Grundsätzen bewertet.

Anlagevermögen

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer von bis zu 33 Jahren wurden bei den entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen Abschreibungen linear vorgenommen.

Geringwertige Anlagegüter, deren Anschaffungskosten 800 EUR nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Abgang aufgezeigt.

Die Zugänge werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert, die auch die zugehörenden Anschaffungsnebenkosten umfassen.

Bei der Ermittlung der Herstellungskosten werden die Aufwendungen gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB zugrunde gelegt.

Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten und die Ausleihungen an verbundene Unternehmen zum Nennwert bewertet.

Soweit erforderlich, werden auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorgenommen.

Umlaufvermögen

Bei der Ermittlung der Herstellungskosten für unfertige und fertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen werden die Aufwendungen gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB zugrunde gelegt. Alle Avalprovisionen auf Anzahlungsbürgschaften sowie Fremdkapitalzinsen auf Projektfinanzierungen werden gemäß § 255 Abs. 3 HGB aktiviert, soweit sie auf den Herstellungszeitraum und das konkrete Projekt entfallen. Soweit notwendig, erfolgt gemäß § 253 Abs. 4 HGB eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert.

Geleistete und erhaltene Anzahlungen werden zum Nominalwert angesetzt. Erhaltene Anzahlungen werden bis zur Höhe der Vorräte offen von diesen abgesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit ihrem Nennwert angesetzt und unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet. Dabei werden Ausfallrisiken auch pauschal durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Pauschalwertberichtigungen wurden in Höhe von 1 % bezogen auf die nicht einzelwertberichtigten Nettoforderungen < 200 TCHF im Berichtsjahr in Summe 49 TEUR (Vorjahr ca. 202 TEUR) zum Bilanzstichtag gebildet.

Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips gemäß § 253 Abs. 4 Satz 1 und 2 HGB bewertet.

Flüssige Mittel wurden zum Nominalwert angesetzt.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände sind im Zugangszeitpunkt zum Devisengeld(mittel)kurs und am Abschlussstichtag zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger wurden § 253 Abs. 1 Satz 1 und § 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB gemäß § 256a HGB nicht angewendet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Ausgaben bzw. auf der Passivseite Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Latente Steuern

Auf Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, und auf steuerliche Verlustvorräte werden

latente Steuern nach § 274 HGB angesetzt und bewertet. Die sich ergebenden Steuerbelastungen und Steuerentlastungen werden nach § 274 Abs. 1 Satz 3 HGB verrechnet angesetzt. Ergibt sich insgesamt eine Steuerentlastung, wird vom Aktivierungswahlrecht gem. § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht. Es werden nur steuerliche Verlustvorträge, die innerhalb der nächsten fünf Jahre verrechnet werden können, berücksichtigt.

Deckungsvermögen

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, werden zum Börsenpreis bewertet und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit diesen Schulden verrechnet. Entsprechend wird mit den zugehörigen Aufwendungen und Erträgen aus der Abzinsung und aus dem zu verrechnenden Vermögen verfahren. Übersteigt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände den Betrag der Schulden, wird der übersteigende Betrag als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung aktiviert.

Rückstellungen, Verbindlichkeiten

Die Rückstellungen für Pensionen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung eines Zinssatzes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB sowie Annahmen zur durchschnittlichen Fluktuation, zur Dynamik der anrechenbaren Bezüge und zur Anpassung der laufenden Renten ermittelt. Der Berechnung wurden die „Richttafeln Heubeck 2018 G“ der Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln, zugrunde gelegt.

Die anderen Rückstellungen sind mit ihrem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Bei der Bemessung der anderen Rückstellungen tragen wir allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen sowie drohenden Verlusten angemessen Rechnung. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden nach § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB abgezinst.

Rückstellungen für Gewährleistungen werden pro Projekt unter Berücksichtigung der Gewährleistungsfristen nach pauschalen Erfahrungssätzen auf den gewährleistungsbehafteten Umsatz und, soweit notwendig, zusätzlich für einzelne bereits bekannte Sachverhalte gebildet. Rückstellungen für ausstehende Rechnungen werden bei der Umsatzlegung entsprechend der Projektkalkulation für noch zu erwartende Kosten gebildet.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten werden im Zugangszeitpunkt mit dem Devisenkassamittelkurs und zum Abschlussstichtag unter Beachtung des § 256a HGB bewertet.

Aufwendungen, die das Geschäftsjahr 2023 betreffen, für die die Rechnungen erst im Geschäftsjahr 2024 eingegangen sind und noch nicht sachlich geprüft waren, werden als Rückstellungen für ausstehende Rechnungen unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Im Geschäftsjahr sind Zinssicherungsgeschäfte aus dem Vorjahr 2022 fortgeführt worden, die in Bewertungseinheiten (Mikrohedge) gemäß § 254 HGB im Geschäftsjahr einbezogen und nach der Einfrierungsmethode gebucht wurden. Sie dienten der Absicherung zukünftiger Zinszahlungen für den Zeitraum bis zum Juli 2023.

Im Geschäftsjahr sind keine weiteren Zinssicherungsgeschäfte ausgeführt worden und bestanden zum Stichtag 31.12.2023 nicht.

C. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Nach den Grundsätzen der Wesentlichkeit und Klarheit wird nachfolgend nur über diejenigen Posten von Bedeutung berichtet, die einer Aufgliederung und/oder Erläuterung bedürfen.

AKTIVA

ANLAGEVERMÖGEN

Die nachfolgenden Erläuterungen basieren auf den Nettobuchwerten des Anlagevermögens. Der Anlagenspiegel am Ende des Anhangs zeigt die Bruttoentwicklung.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Stadler Deutschland GmbH hält sämtliche Geschäftsanteile an den folgenden Gesellschaften:

- Stadler Rail Service Deutschland GmbH, Berlin;
- STAP Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin;
- Stadler Chemnitz GmbH, Chemnitz;
- Stadler Mannheim GmbH, Mannheim.

Das Eigenkapital zum 31.12.2023 der Stadler Rail Service Deutschland GmbH, Berlin, beträgt 20.037 TEUR (Vorjahr: 20.037 TEUR), das Ergebnis des Geschäftsjahres 2023 betrug 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR). Zwischen der Stadler Deutschland GmbH und der Stadler Rail Service Deutschland GmbH besteht seit dem 01.01.2020 ein auf unbestimmte Zeit geschlossener Ergebnisabführungsvertrag (Vertrag vom 15.09.2020). Die Stadler Deutschland GmbH hat sich darin verpflichtet, sämtliche Gewinne und Verluste zu übernehmen. Im Geschäftsjahr 2023 ist Aufwand aus Verlustübernahme von 1.433 TEUR entstanden (Vorjahr: Ertrag aus Gewinnabführung von 3.358 TEUR).

Das Eigenkapital zum 31.12.2023 der STAP Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin, beträgt 25 TEUR (Vorjahr: 25 TEUR), das Ergebnis des Geschäftsjahres 2023 betrug 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR). Zwischen der Stadler Deutschland GmbH und der STAP Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH besteht seit dem 01.01.2017 ein auf unbestimmte Zeit geschlossener Ergebnisabführungsvertrag (Vertrag vom 07.08.2017). Die Gesellschaft hat sich darin verpflichtet, sämtliche Gewinne und Verluste zu übernehmen. Im Geschäftsjahr 2023 wurde demnach ein Aufwand aus Verlustübernahme von 2.047 TEUR erzielt (Vorjahr: Ertrag aus Gewinnabführung von 412 TEUR).

Das Eigenkapital zum 31.12.2023 der Stadler Chemnitz GmbH, Chemnitz, beträgt 557 TEUR (Vorjahr: 557 TEUR), das Ergebnis des Geschäftsjahres 2023 betrug 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR). Zwischen der Stadler Deutschland GmbH und der Stadler Chemnitz GmbH besteht seit dem 01.01.2022 ein auf unbestimmte Zeit geschlossener Ergebnisabführungsvertrag (Vertrag vom 14.11.2022). Die Gesellschaft hat sich darin verpflichtet, sämtliche Gewinne und Verluste zu übernehmen. Im Geschäftsjahr 2023 wurde demnach ein positives Ergebnis von 441 TEUR übernommen (Vorjahr TEUR 813).

Das Eigenkapital zum 31.12.2023 der Stadler Mannheim GmbH, Mannheim, beträgt 2.031 TEUR (Vorjahr: 1.832 TEUR), das Ergebnis des Geschäftsjahres 2023 betrug 200 TEUR (Vorjahr: -195 TEUR).

Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Unter den Ausleihungen an verbundene Unternehmen wird insbesondere Darlehen an die STAP Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin, zur Finanzierung des Produktions- und Verwaltungsgebäudes, des neuen Logistikgebäudes im Pankow Park und des neuen Inbetriebnahme-Standorts in Hennigsdorf in Höhe von 102.028 TEUR (Vorjahr 76.173 TEUR) ausgewiesen. Die Darlehen haben Laufzeiten zwischen 2-5 Jahren, somit längstens bis zum 31. Dezember 2028.

Ebenfalls enthalten sind drei Darlehen an die Stadler Rail Service Deutschland GmbH mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 34.588 TEUR (Vorjahr 34.588 TEUR), die im Wesentlichen zur Finanzierung des Servicestandortes Herne dienten. Die Darlehen haben eine Laufzeit längstens bis zum 31. Dezember 2028.

UMLAUFVERMÖGEN

Vorräte

Die Vorräte setzen sich wie folgt zusammen:

(Angaben in TEUR)

	31.12.2023	31.12.2022
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	283.146	332.590
Fertige Erzeugnisse	81.423	57.333
Geleistete Anzahlungen	126.137	97.002
Zwischensumme	490.706	486.925
Erhaltene Anzahlungen von Kunden	-490.706	-392.778
Vorräte (netto)	0	94.147
Erhaltene Anzahlungen (passiv ausgewiesen)	14.848	0

Von den geleisteten Anzahlungen entfallen 103.145 TEUR (Vorjahr: 78.838 TEUR) auf verbundene Unternehmen.

Die geleisteten Anzahlungen werden netto, d. h. ohne Umsatzsteuer, ausgewiesen.

Der die Vorräte übersteigende Betrag der erhaltenen Anzahlungen von Kunden von 14.848 TEUR wird auf der Passivseite ausgewiesen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben 833 TEUR (Vorjahr: 4.195 TEUR) eine Restlaufzeit größer einem Jahr. Alle übrigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 15.647 TEUR (Vorjahr: 4.624 TEUR) betreffen im Wesentlichen Steuerforderungen, von denen 12.378 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) aus Verkehrssteuern (Umsatzsteuer In- und Ausland) und Forderungen gegen Lieferanten in Höhe von 2.347 TEUR (Vorjahr: 2.596 TEUR) resultieren.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Zum Bilanzstichtag bestanden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen der Stadler Gruppe in Höhe von 9.776 TEUR (Vorjahr: 7.646 TEUR), Forderungen aus Darlehensforderungen in Höhe von 697 TEUR (Vorjahr 0 TEUR) und sonstige Forderungen in Höhe von 46 TEUR (Vorjahr 1.650 TEUR).

Im Vorjahr bestanden Forderungen aus den Ergebnisabführungsverträgen mit den Tochtergesellschaften in Höhe von 4.583 TEUR.

Sonstige Wertpapiere

Die ausgewiesenen sonstigen Wertpapiere betreffen die Anlage von Wertguthaben aus sogenannten Langzeitarbeitskonten (Flexzeitkonten) in Geldmarktfonds als Insolvenzsicherung der Arbeitnehmeransprüche.

Latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern in Höhe von 5.607 TEUR (Vorjahr: 9.300 TEUR) resultieren im Wesentlichen aus den folgenden Sachverhalten:

(Angaben in TEUR)

Sachverhalt	Aktive latente Steuer	Passive latente Steuer
Aus ertragssteuerlichen Organschaften	1.116	0
Rückstellungen	1.491	0
Steuerliche Verlustvorträge	3.000	0
<i>davon aus Gewerbesteuer</i>	1.500	0
<i>davon aus Körperschaftsteuer</i>	1.500	0
Summe	5.607	0

Der Berechnung liegt ein einheitlicher Ertragssteuersatz von 30,0 % zugrunde.

Bei der Ermittlung der latenten Steuern wurden die steuerlichen Verlustvorträge in der Höhe berücksichtigt, in der mit ihrer Inanspruchnahme in den nächsten 5 Jahren gerechnet wird.

Das Aktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurde im Geschäftsjahr 2023 weiter ausgeübt.

PASSIVA

EIGENKAPITAL

Das gezeichnete Kapital der Stadler Deutschland GmbH beträgt 6.180 TEUR (Vorjahr TEUR 6.180). Die Anteile werden seit dem 1. Juni 2001 allein durch die Stadler Rail AG, Bussnang/Schweiz, gehalten.

Die Kapitalrücklage beträgt 105.240 TEUR (Vorjahr: 59.936 TEUR).

Zur Stärkung des Eigenkapitals hat die Stadler Rail AG, Bussnang, Schweiz, im Geschäftsjahr 2023 Einstellungen in die Kapitalrücklage mit Vereinbarung vom 7. Dezember 2023 über TEUR 73.000 beschlossen. Die Einstellung in die Kapitalrücklage wurde vollständig durch Bar-einlage des Gesellschafters geleistet. Die gebildete Kapitalrücklage gem. § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB wurde in Höhe von TEUR 27.696 in Höhe des Bilanzverlusts 2022 aufgelöst, um den bestehenden Verlustvortrag aus dem Vorjahr (TEUR 27.696) auszugleichen.

Im Berichtsjahr besteht aufgrund des Überschusses aktiver latenter Steuern in Höhe von 5.607 TEUR (Wert nach Abzug der passiven latenten Steuern in Höhe von 102 TEUR) und eines Zeitwertüberschusses bei dem Deckungsvermögen in Höhe von TEUR 103 insgesamt grundsätzlich eine Ausschüttungssperre gemäß § 268 Abs. 8 HGB in Höhe von TEUR 5.710.

Für den Unterschiedsbetrag aus der geänderten Abzinsung von Pensionsrückstellungen nach § 253 Abs. 6 S. 1 HGB von 9 TEUR gilt die Ausschüttungssperre im Sinne des § 253 Abs. 6 S. 2 HGB.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen für Pensionen

Für Pensionen gegenüber Mitarbeitern wurde ein Betrag in Höhe von 844 TEUR (Vorjahr: 872 TEUR) zurückgestellt. Die Zuführung für das abgelaufene Geschäftsjahr erfolgte auf der Grundlage von Berechnungen der Willis Towers Watson GmbH, Wiesbaden, nach der projizierten Einmalbeitragsmethode. Dabei wurden die „Richttafeln Heubeck 2018 G“ der Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln, unter Anwendung der Regelung des § 253 Abs. 2 S. 2 HGB für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren ein Rechnungszinsfuß von 1,82 % (Vorjahr: 1,78 %), eine durchschnittliche Fluktuation von 2,0 % (Vorjahr: 2,0 %), eine Dynamik der anrechenbaren Bezüge von 2,50 % (Vorjahr: 2,50 %) sowie eine Dynamik der Anpassung der laufenden Renten von 1,50 % (Vorjahr: 1,50 %) zugrunde gelegt. Die Erfolgswirkungen aus der Änderung des Abzinsungssatzes werden im Finanzergebnis ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt 9 TEUR (Vorjahr 42 TEUR).

Sonstige Rückstellungen

Bei den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildeten sonstigen Rückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um Rückstellungen für Gewährleistungen in Höhe von 24.897 TEUR (Vorjahr: 23.836 TEUR), für ausstehende Rechnungen (inkl. fehlender Herstellkosten in Höhe von 14.362 TEUR (Vorjahr: 11.509 TEUR)) in Höhe von 49.164 TEUR (Vorjahr: 45.643 TEUR), für Pönale in Höhe von 7.490 TEUR (Vorjahr: 7.090 TEUR) und für Personal in Höhe von 10.017 TEUR (Vorjahr: 7.772 TEUR). Für Personal wurden vor allem zukünftige Jubiläumszahlungen an Mitarbeiter sowie Verpflichtungen aus Urlaubs- und Mehrarbeitszeitansprüchen („Gleitzeit“ und „Flexzeit“) zurückgestellt. Die Ansprüche der Arbeitnehmer aus „Flexzeit“, für die ein Betrag in Höhe von 3.695 TEUR (Vorjahr: 2.627 TEUR) zurückgestellt wurde, sind durch Wertpapierdepots mit einem Buchwert in Höhe von 1.944 TEUR (Vorjahr: 1.432 TEUR) besichert. In diesem Fall erfolgt keine Verrechnung der Rückstellung mit dem Marktwert des Wertpapierdepots, da das Wertpapierdepot kein Deckungsvermögen im Sinne des § 246 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 HGB darstellt.

Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Der Erfüllungsbetrag aus bereits abgeschlossenen Altersteilzeitvereinbarungen über 1.185 TEUR (Vorjahr: 796 TEUR) wurde mit vorhandenem Deckungsvermögen (Börsenkurs zum 31. Dezember 2023: 717 TEUR, Anschaffungskosten: 614 TEUR) verrechnet.

Aus der Bewertung des Deckungsvermögens zum beizulegenden Zeitwert resultierte in 2023 ein Aufwand in Höhe von 11 TEUR (Vorjahr: Aufwand 11 TEUR), der zusammen mit dem Aufzinsungsbetrag der Rückstellung von 15 TEUR (Vorjahr: 8 TEUR) im Finanzergebnis ausgewiesen wird.

VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeitenspiegel

(Angaben in TEUR)

Art der Verbindlichkeit zum 31.12.2023	Gesamt TEUR	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr TEUR	von 1 bis 5 Jahre TEUR	über 5 Jahre TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten <i>Vorjahr</i>	150.705 230.721	60.705 80.721	90.000 60.000	0 90.000
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen <i>Vorjahr</i>	4.658 24.701	4.658 24.701	0 0	0 0
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen <i>Vorjahr</i>	121.034 124.410	86.034 124.410	35.000 0	0 0
4. Sonstige Verbindlichkeiten <i>Vorjahr</i>	5.033 33.478	5.033 33.457	0 21	0 0
Gesamt <i>Vorjahr</i>	281.430 413.310	156.430	125.000	0 60.021 90.000

Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen

(Angaben in TEUR)

Bezeichnung	31.12.2023	31.12.2022
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	505.554	392.778
davon mit den Vorräten verrechnet	-490.706	-392.778
Summe passivisch ausgewiesener erhaltener Anzahlungen	14.848	0

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Zum Bilanzstichtag bestanden Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Stadler Rail AG in Höhe von 106.125 TEUR (Vorjahr: 99.240 TEUR). Davon bestanden in Höhe von 70.949 TEUR (Vorjahr: 99.038 TEUR) Verbindlichkeiten aus Cash-Pooling, in Höhe von 35.000 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) aus Darlehen und in Höhe von 176 TEUR (Vorjahr: 202 TEUR) aus Lieferungen und Leistungen.

Von den übrigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen 10.296 TEUR (Vorjahr: 25.140 TEUR) Lieferungen und Leistungen, 3.480 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) aus Verlustübernahmen im Rahmen der Gewinnabführungsverträge und 1.132 (Vorjahr: 29 TEUR) aufgrund von Erstattungsverpflichtungen von Umsatzsteueransprüchen aus dem Organkreis.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende wesentliche finanzielle Verpflichtungen:

(Angaben in TEUR)

Bezeichnung	31.12.2023	31.12.2022
Aus bestehenden Vertragsverhältnissen (Mietverträge, Leasing etc.)	13.261	17.132
Bestollobligo für Investitionen	7.544	30.257
Nachhaftung nach § 133 UmwG	33.913	46.656
Summe	54.718	94.045

Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3a HGB aus der Nachhaftung nach § 133 UmwG ergeben sich aus dem Ausgliederungs- und Übernahmevertrag (UR: NB 187/2020) vom 11. November 2020 für den Bereich „Service“, der mit Wirkung zum 01.01.2020 auf die Stadler Rail Service Deutschland GmbH ausgegliedert worden ist.

In den sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 40.483 TEUR (Vorjahr: 55.416 TEUR) enthalten.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen oder Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB bestehen nicht.

D. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf von Regionalfahrzeugen (Umsatzanteil: 53 %), Stadtbahnen (Umsatzanteil: 10,5 %), TailorMade Fahrzeugen (Umsatzanteil 34,2 %) und Sonstiges (Umsatzanteil: 2,3 %).

Die wesentlichen Umsatzerlöse wurden in Höhe von 411.447 TEUR (Vorjahr: 965.899 TEUR) in Deutschland, in Höhe von 41.605 TEUR (Vorjahr: 9.261 TEUR) in der Schweiz und in Höhe von 13.599 TEUR (Vorjahr: 13.831 TEUR) in Norwegen erzielt. Weitere Umsatzerlöse mit übrigen europäischen Kunden betrugen 102 TEUR (Vorjahr: 331 TEUR).

Im Vorjahr wurden Umsatzerlöse in Höhe von 724 TEUR in Dänemark, in Höhe von 173 TEUR in den USA und in Höhe von 9 TEUR in Kanada erzielt.

Periodenfremde Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 8.255 TEUR (Vorjahr: 3.983 TEUR) enthalten, bei denen es sich im Wesentlichen um die Auflösung von Rückstellungen handelt.

Außergewöhnliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus Fördermitteln in Höhe von 45.834 TEUR (Vorjahr 25.350 TEUR) für Projekte im Bereich der modularen Energiespeicherung und für die Entwicklung von Akku-Zügen enthalten.

Außergewöhnliche Aufwendungen

Die Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten, enthalten die Wertberichtigung der unfertigen Erzeugnisse von 29.116 TEUR und der fertigen Erzeugnisse von 2.284 TEUR, in Summe 31.400 TEUR. Diese entsprechen dem erwarteten Verlust aus einem Projekt, welches die in der Gesellschaft üblichen Abschreibungen auf Projekte deutlich überschreitet.

E. SONSTIGE ANGABEN

Abschlussprüferhonorare

Für den bestellten Abschlussprüfer – KPMG AG – wurde im Geschäftsjahr das folgende berechnete Gesamthonorar erfasst und wie folgt aufgeschlüsselt:

(Angaben in TEUR)

Art der Leistung	2023	2022
a) die Abschlussprüfungsleistungen	331	341
b) andere Bestätigungsleistungen	0	0
c) Steuerberatungsleistungen	0	7
d) sonstige Leistungen	0	0
Summe	331	348

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt waren beschäftigt:

Gruppenbezeichnung	2023	2022
Gewerbliche Arbeitnehmer	612	559
Angestellte	824	662
Summe	1.436	1.221
Auszubildende	47	47

Ergebnisverwendung

Durch die Gesellschafterversammlung vom 31. August 2023 wurde der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 festgestellt. Der Bilanzverlust in Höhe von 27.696 TEUR wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag des abgelaufenen Geschäftsjahres in Höhe von 88.195 TEUR auf neue Rechnung vorzutragen.

OECD-Mindeststeuer (Pillar 2)

Stadler Deutschland GmbH gehört zur Stadler Gruppe, welche im Jahr 2023 einen weltweiten Umsatz von rund CHF 3,6 Mrd. erwirtschaftete und daher in den Anwendungsbereich der OECD-Mustervorschriften (OECD Pillar Two) fällt. Mit Bezug auf Stadler Deutschland GmbH ist die entsprechende deutsche Gesetzgebung am 28. Dezember 2023 in Kraft getreten. Die

von Stadler Deutschland GmbH gehaltenen Tochtergesellschaften sind ausschließlich in Deutschland domiziliert, welche der ordentlichen Besteuerung und somit einem effektiven Steuersatz von über 15% unterliegen (vor Anrechnung bestehender Verlustvorräte). Dies gilt auch für die von Stadler Deutschland GmbH im Ausland registrierten Betriebsstätten in Norwegen und Dänemark. Darüber hinaus verfügt Stadler Deutschland GmbH über keine weiteren ausländischen Beteiligungen und/oder Betriebsstätten.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen kann festgehalten werden, dass der effektive Steuersatz der Stadler Deutschland GmbH und der von ihr gehaltenen inländischen Tochtergesellschaften und ausländischen Betriebsstätten in Norwegen und Dänemark den erforderlichen effektiven Mindeststeuersatz von 15% im Jahr 2023 nicht unterschritten hat und in den Folgejahren nicht unterschreiten wird (unter Ausklammerung bestehender Verlustvorräte).

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Stadler Deutschland GmbH hat sich in 2024 entschieden im Rahmen eines Rechtsstreits die Zahlung eines mittleren einstelligen Millionenbetrages an die Gegenpartei vorzunehmen. Der Rechtsstreit ist noch nicht beendet.

Es wurde ein Forderungskaufvertrag mit einem Volumen von 400 Mio. EUR abgeschlossen. Die von der Gesellschafterin abgegebene Patronatserklärung wurde im Volumen von 450 Mio. EUR auf 310 Mio. EUR reduziert. Die Laufzeit ist identisch.

Seit Ende Februar 2025 wurden Verhandlungen zwischen der IG Metall und der Geschäftsführung der Stadler Deutschland GmbH geführt. Diese wurde Mitte April 2025 mit einer Einigung über die Grundbausteine beendet, die unter anderem eine Standortgarantie bis 2032 und eine Beschäftigungsgarantie von 79% der Arbeitsplätze für die nächsten vier Jahre beinhalten. Ein Abbau eigenen Personals vor dem Hintergrund der Einigung ist aktuell nicht geplant.

Weitere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag nach § 285 Nr. 33 HGB liegen nicht vor bzw. haben sich nicht ergeben.

Mitglieder des Beirates

Der Beirat der Stadler Deutschland GmbH setzt sich wie folgt zusammen:

- Herr Peter Spuhler, lic. oec HSG, (Vorsitzender), Präsident des Verwaltungsrates der Stadler Rail AG, Bussnang/Schweiz;

Bezüge für die Mitgliedschaft im Beirat wurden im Geschäftsjahr nicht gewährt.

Mitglieder der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung setzt sich wie folgt zusammen:

- Herr Martin Bernhardsgrütter, Master of Arts, COO (ab 1. Mai 2022 bis 31. Dezember 2022); (Vorsitzender) CEO (ab 1. Januar 2023 bis 30. September 2023)
- Herr Thomas Jürg Freiburghaus, Dipl.-Ing., CFO (bis 30. April 2023)
- Herr Martin Fleischer, MBA, CFO (ab 1. Oktober 2023)
- Herr Jörg Nuttelmann, Dipl.-Ing., Vorsitzender CEO (ab 1. Juli 2024)

Bezüglich der Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung nach § 285 Nr. 9a und b HGB wurde die Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

Angaben zur Konzernzugehörigkeit

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadler Rail AG, Bussnang/Schweiz, die einen Konzernabschluss für den größten Konsolidierungskreis von Unternehmen erstellt; die Offenlegung des Konzernabschlusses erfolgt auf der Homepage der Stadler Rail AG im Bereich Investor Relations. Die Stadler Deutschland GmbH stellt einen Konzernabschluss für den kleinsten Kreis von Unternehmen auf. Dieser Abschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt.

Berlin, 31. März 2025

Stadler Deutschland GmbH

Jörg Nuttelmann

Geschäftsführer

Martin Fleischer

Geschäftsführer

Diese Seite bleibt aus drucktechnischen Gründen leer.

Stadler Deutschland GmbH, Berlin

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2023

	1.1.2023	Anschaffungs- und Herstellungskosten				31.12.2023
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	EUR	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Entgeltlich erworbene Software	8.243.028,66	18.398.488,66	22.195.023,12	29.136.023,46	33.582.517,66	
2. Geleistete Anzahlungen	31.840.373,73	1.276.813,94	57.376,89	-29.136.023,46	3.923.787,32	
	40.083.402,39	19.675.302,60	22.252.400,01	0,00	37.506.304,98	
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	16.074.060,25	95.224,82	47.222,79	0,00	16.122.062,28	
2. Technische Anlagen und Maschinen	24.033.942,06	305.980,36	183.115,33	0,00	24.156.807,09	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	43.807.973,09	6.631.995,43	1.129.622,42	928.582,35	50.238.928,45	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.853.765,08	4.564.664,32	4.034.461,75	-928.582,35	1.455.385,30	
	85.769.740,48	11.597.864,93	5.394.422,29	0,00	91.973.183,12	
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.417.387,35	0,00	0,00	0,00	25.417.387,35	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	113.653.347,36	23.279.829,24	0,00	0,00	136.933.176,60	
	139.070.734,71	23.279.829,24	0,00	0,00	162.350.563,95	
	264.923.877,58	54.552.996,77	27.646.822,30	0,00	291.830.052,05	

1.1.2023	Kumulierte Abschreibungen				Buchwert		
	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR	
5.991.630,66	1.903.935,83	67.989,00	0,00	7.827.577,49	25.754.940,17	2.251.398,00	
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.923.787,32	31.840.373,73	
5.991.630,66	1.903.935,83	67.989,00	0,00	7.827.577,49	29.678.727,49	34.091.771,73	
3.655.752,61	456.545,47	6.288,46	0,00	4.106.009,62	12.016.052,66	12.418.307,64	
11.824.699,06	1.141.220,24	156.119,52	0,00	12.809.799,78	11.347.007,31	12.209.243,00	
23.975.084,31	5.610.615,73	1.104.342,19	0,00	28.481.357,85	21.757.570,60	19.832.888,78	
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.455.385,30	1.853.765,08	
39.455.535,98	7.208.381,44	1.266.750,17	0,00	45.397.167,25	46.576.015,87	46.314.204,50	
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.417.387,35	25.417.387,35	
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	136.933.176,60	113.653.347,36	
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	162.350.563,95	139.070.734,71	
45.447.166,64	9.112.317,27	1.334.739,17	0,00	53.224.744,74	238.605.307,31	219.476.710,94	

Stadler Deutschland GmbH, Berlin

Geänderter Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Änderungen des Lageberichts

Der ursprünglich erstellte Jahresabschluss wurde am 31. März 2025 geändert. Die Änderungen beziehen sich ausschließlich auf die Berücksichtigung von erforderlichen Wertberichtigungen von Vorräten eines Projekts in Höhe von 31,4 Mio. EUR auf den niedrigeren beizulegenden Wert und die Aktualisierung des Nachtragsberichts im Anhang. Die Wertberichtigung betrifft mit 29,1 Mio. EUR die unfertigen Erzeugnisse und mit 2,3 Mio. EUR die fertigen Erzeugnisse. Der die Vorräte übersteigende Betrag der erhaltenen Anzahlungen wurde auf die Passivseite der Bilanz umgegliedert (14.848 TEUR). In der Gewinn- und Verlustrechnung wird die Wertberichtigung unter dem Posten 8. b) „Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten“ in Höhe von 31,4 Mio. EUR ausgewiesen. Die Wertberichtigung hat zur Folge, dass sich der Jahresfehlbetrag und somit der Bilanzverlust um 31,4 Mio. EUR erhöhen und das Eigenkapital um diesen Betrag sinkt.

Die Änderungen des Lageberichts betreffen die Auswirkungen dieser Änderungen, insbesondere in den Abschnitten 3 Geschäftsentwicklung und 5 Ertragslage, Finanzlage und Vermögenslage und die Darstellung zur möglichen Liquiditätslücke im Abschnitt 6 Chancen und Risiken der geschäftlichen Entwicklung.

1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Stadler Deutschland GmbH mit Sitz in Berlin repräsentiert einen Großteil der Aktivitäten der Stadler Rail Group in Deutschland. Die Stadler Deutschland GmbH wird primär nach SWISS GAP FER geführt und unterliegt den Führungsgrundsätzen der Stadler Rail Group. Zur besseren Vergleichbarkeit innerhalb des Jahresabschlusses erfolgen die Erläuterungen zu den wesentlichen Leistungsindikatoren (Umsatz, Auftragseingang und Betriebsergebnis/Ergebnis vor Steuern) und allen weiteren Kennzahlen nach HGB.

Die Gesellschafterin Stadler Rail AG ist ein Hersteller von Schienenfahrzeugen mit Hauptsitz in Bussnang in der Schweiz. Im Bereich der Vollbahnen bedient die Stadler Rail Group die Marktsegmente Regional-, S Bahn-, Interregio-, Intercity- und Hochgeschwindigkeitsverkehr bis 250 km/h. Den Bereich Stadtverkehr deckt die Stadler Rail Group mit dem Angebot von Stadt- und Straßenbahnen sowie kundenspezifischen U-Bahn-Fahrzeugen ab. Im Bereich TailorMade bietet die Stadler Rail Group maßgeschneiderte Spezialfahrzeuge in Kleinserien an. Mit dem Bereich Service komplettiert die Stadler Rail Group das Angebotsspektrum durch Komponenten und Ersatzteile sowie Wartung, Reparatur und Modernisierung von Schienenfahrzeugen.

Die Stadler Deutschland GmbH stellt Vollbahnen (insbesondere für den Regional- und S-Bahnverkehr), kundenspezifische U-Bahnen und TailorMade-Fahrzeuge her und ist verantwortlich für die Marktbearbeitung in Deutschland und den Export von Straßenbahnen innerhalb Europas. Stadler Deutschland GmbH ist innerhalb der Stadler Rail Group das Kompetenzzentrum für die Entwicklung von Straßenbahnen und Metros. Am Hauptstandort Pankow in Berlin befinden sich die Abteilungen für Entwicklung, Beschaffung, Produktion und Verwaltung. Die Entwicklung wird unterstützt durch die Stadler Chemnitz GmbH und von der Stadler Mannheim GmbH.

Am Standort Velten in Brandenburg erfolgen die Inbetriebnahme und Auslieferung der Fahrzeuge. Die Instandhaltungsarbeiten für Schienenfahrzeuge werden durch die Stadler Rail Service Deutschland GmbH durchgeführt.

Die Stadler Deutschland GmbH ist seit dem Jahr 2001 eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadler Rail AG. Sie ist selbst wiederum alleinige Gesellschafterin der Stadler Rail Service Deutschland GmbH, Berlin, der STAP Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin, der Stadler Chemnitz GmbH, Chemnitz, sowie der Stadler Mannheim GmbH, Mannheim.

Die Stadler Chemnitz GmbH und die Stadler Mannheim GmbH sind als gruppeninterne Engineering-Dienstleister tätig.

2. MARKTENTWICKLUNG

Das Jahr 2023 war geprägt durch die tiefgreifenden Folgewirkungen der Corona-Pandemie und des Kriegs Russlands gegen die Ukraine. Für die Verkehrsprojekte der öffentlichen Hand waren folgende Auswirkungen zu verzeichnen: Verschiebungen von Projekten, teilweise Verzicht auf Neufahrzeuge und damit Verlängerung der Bestandsverträge, fehlende Kapazität auf der Auftraggeberseite für Ausschreibungs-durchführung führt zu längeren Vergabeverfahren (z.T. resultieren daraus verkürzte Lieferzeiten = höheres Terminrisiko), Finanzierungsprobleme, Verlagerung kommerzieller Risiken auf Auftragnehmer, usw. Für die Fahrzeugherrsteller sind in erster Linie Ausfallrisiken der Unterauftragnehmer, Steigerungen von Material- und Personalkosten, mangelnde Verfügbarkeit von gut ausgebildetem Personal relevant, während es nicht gelingt, die vertraglich vereinbarten Fixpreise bzw. lange vor Corona/Ukraine-Krieg vereinbarten Gleitpreisformeln nachzuverhandeln.¹

Festzustellen ist, dass Deutschland nach wie vor ein Käufermarkt ist, in dem die Auftraggeber die Bedingungen diktieren. Durch den nach wie vor großen Umfang der Ausschreibungsprojekte ist der Markt für die Stadler Gruppe als auch für neue Player (z.B. CRRC, Hitachi) sehr attraktiv, was den harten Wettbewerb auf der Industrieseite verstärkt.²

Die weitere Verschiebung der S-Bahn Berlin II von der ehemals angekündigten Bestellung Oktober 2021 auf nun Ende 2024 und der damit verbundenen späteren Betriebsaufnahme, haben als Konsequenz eine weitere Verschiebung des Produktionsfensters um mind. 3 Jahre zur Folge.³

Durch die drastische Verschiebung des S-Bahn-Projekts Köln ist die ursprünglich mögliche sequenzielle Abarbeitung der S-Bahn-Projekte nun voraussichtlich zu einem Parallelauf mehrerer S-Bahn-Projekte geworden und mangels Leistungsvermögen nur mit großem Aufwand darstellbar.⁴

¹ Siehe dazu: [Statistik zum Nahverkehr in Deutschland | VDV - Die Verkehrsunternehmen](#)

² Siehe dazu: [Wettbewerbsfahrplan - schienennahverkehr.de](#)

³ Siehe dazu: [Milliardenstreit um den Nahverkehr: Wie Berlin mit seiner S-Bahn ins Vergabedesaster stürzte \(tagesspiegel.de\)](#), u.a.

⁴ Siehe dazu: Lieferungen - 145204-2022 - TED Tenders Electronic Daily (europa.eu)

Im Regionalbahnmarkt gibt es wenig Wettbewerb zur DB Regio AG, das sich durch geringe Ausschreibungsaktivitäten ehemals attraktiver "privater" Kunden für neue Projekte seitens Keolis, Go-Ahead und BeNEX widerspiegelt. Daher umwerben viele Hersteller die verbleibenden wenigen Kunden, insbesondere die DB.⁵ Dem versuchen die Aufgabenträger mit Fahrzeugpool-Modellen zu entgegnen, bei denen sie die Risiken (vor allem für die Fahrzeugbeschaffung und -instandhaltung) den Verkehrsunternehmen abnehmen und den Fahrzeugherstellern nahezu vollständig aufbürden.

Im Fernverkehrsmarkt ist eine wirkliche Öffnung für private Betreiber nicht ersichtlich. Zurückzuführen ist das auf ein fehlendes Marktmodell für den Wettbewerb zur DB AG.

Bestehende Fördermodelle zur Einführung von alternativen Antrieben sind äußerst komplex und vor allem in der Akquisitionsphase für alle Beteiligten schwer handhabbar (Förderrecht vs. Vergaberecht), obwohl der politische Wille zur Ablösung von Dieselantrieben besteht.

Nach wie vor sind nur wenige MEAT-Kriterien (Most Economically Advantageous Tender) in der Bewertungsmatrix der Vergabestellen reflektiert. Daher ist im Bahnsektor insbesondere in Deutschland der Anschaffungspreis bislang das entscheidende Kriterium bei Ausschreibungen geblieben.⁶ Kriterien wie etwa Lebenszykluskosten/Instandhaltung, Nachhaltigkeit, Qualität und Design könnten zukünftig Schlüsselrollen in der Vergabe nach diesen Kriterien spielen, um bei der öffentlichen Beschaffung neben Wirtschaftlichkeit auch Nachhaltigkeit und Innovationen zu berücksichtigen. Kriterien wie Wertschöpfungsanteil im Heimatmarkt DE oder der „Wunsch“ nach einheimischen Herstellern findet sich nicht in der Bewertung der Präqualifikationsbedingungen wieder.

⁵ Siehe dazu: [Abellio & Co.: Deutsche Bahn Wettbewerber stehen vor der Pleite \(handelsblatt.com\)](#); [Abellio-Aus in NRW kostet bis Ende 2023 rund 167 Millionen Euro \(wz.de\)](#)

⁶ Vgl.: https://bahnindustrie.info/fileadmin/Pressematerial/Kurzfassung_Moderne_%C3%B6ffentliche_Vergabe_Bahnindustrie.pdf

Der Auftragseingang in 2023 war ein eher durchschnittliches Jahr für STAP (Stadler Deutschland GmbH). Der rekordverdächtige Auftragseingang im Vorjahr stellt eher eine Ausnahme dar. Neben den Produkten für die Produktion bei STAP wurden gleichwohl Verträge für die Standorte STAG (Stadler Bussnang AG) und STAV (Stadler Valencia S.A.U.) geschlossen - somit ist im deutschen Markt unabhängig vom Produktionsstandort die Marke STADLER präsent und erfolgreich, gemessen an den Erfahrungen der Kunden, die Kunden werden weiterhin an Stadler gebunden und die konsequente Global-Sales-Organisation war der Schlüssel zum Erfolg.

Gleichwohl gelang dieser Erfolg, das Binden von Kunden an Stadler, gemessen an den schwierigen Marktbedingungen, nur unter äußersten Anstrengungen der einzelnen Standorte, trotz der widrigen Umstände des Marktes, die bewährten Produkte und Neuentwicklungen an die individuellen Kundenanforderungen anzupassen (auch die "Plattformen" müssen flexibel, nahezu "TailorMade" sein), die Fertigung und Inbetriebsetzung zu optimieren, den Zuliefermarkt zu challenge (Produktkostenoptimierung/Konkurrenzierung), eine projektübergreifende Standardisierung durchzusetzen und durch die Nutzung von Kundennähe sowie Liefertreue der Bestandsprojekte eine Vertrauensstellung beim Management und Vertrieb des Kunden zu erreichen.

Neben den Optionsbestellungen der bewährten Straßenbahnen aus STAV wurde die Neuentwicklung TINA in Deutschland wiederholt sehr erfolgreich vermarktet und zeigt sich auch bei kleinen Stückzahlen wettbewerbsfähig.

Im Vollbahnsegment ist die STAP weiterhin einer der führenden Hersteller bei alternativen Antrieben (Regionaltriebwagen mit Batterie- oder Wasserstoffausrüstung) mit dem FLIRT AKKU erfolgreich fortgesetzt und auch einstöckige Regionaltriebwagen des Typs FLIRT für den grenzüberschreitenden Verkehr wurden vermarktet. Zwei große Projekte wurden jedoch verloren, bei denen das rein doppelstöckige Konzept KISS sich gegenüber den Hybridkonzepten (gemischt ein- und doppelstöckig) der Wettbewerber nicht durchsetzen konnte.

3. GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Der Auftragseingang im Jahr 2023 ist gegenüber 2022 drastisch eingebrochen: der Auftragseingangswert beträgt insgesamt 525 Mio. EUR (Vorjahr 846 Mio. EUR). Dies führt zu einem Auftragsbestand von 2.458 Mio. EUR. (Vorjahr 2.389 Mio. EUR). Grund für den zum Vorjahr geringeren Auftragseingang ist der Verlust von zwei Angebotsprojekten sowie die Verschiebung von diversen Ausschreibungen (siehe 2.).

Wesentliche Auftragseingänge waren in 2023 (in Klammern: Produktionsstandort):

9 TramLink für Jena (STAV) - Optionseinlösung

10 TramLink für Erfurt (STAV) - Optionseinlösung

6 TINA für Gera (STAG)

9 FLIRT für Deutsche Bahn/Berlin-Stettin (STAP)

5 FLIRT AKKU für Deutsche Bahn/Warnow (STAP) - Optionseinführung

9 FLIRT für Alpha Trains/Rheingau-Express (STAP)

Wir konnten in Summe im Segment Regionalfahrzeuge 23 FLIRT's sowie 25 Straßenbahnen verkaufen und sind im Bereich der AKKU-Antriebe weiterhin einer der führenden Hersteller in Deutschland.

Den Markterfolg vor allem mit unserem FLIRT Produkt werten wir als positives Zeichen des Vertrauens in die Qualität und Verfügbarkeit der Fahrzeuge aber auch in das Vertrauen der neuen Technologie AKKU in den Fahrzeugen. Die gute Liefertreue unseres ersten großen Serienauftrags, der S-Bahn Berlin (NSB) im neuen Montagewerk in Pankow und die gute Performance im täglichen Betrieb stärkt unsere Zuversicht, auch weitere Aufträge im Bereich der S-Bahn im nächsten Jahr gewinnen zu können.

Weiterhin haben wir uns erlaubt, mit den Kunden über Preisanpassungen und neuen Index für Material- und Lohnkosten zu sprechen. Grundsätzlich sind wir auf Verständnis gestoßen, stehen aber noch in konkreten Verhandlungen und haben vereinzelt schon Resultate erreicht. Aufgrund der steigenden Zinsen sehen wir auch ein wachsendes Risiko in den Finanzierungen und somit in den höheren Kosten, die das Produkt verteuert und die zum Teil von den Kunden und somit von den Betreibern übernommen werden müssen. Die geringen oder ganz fehlenden Anzahlungen sind immer noch ein Thema, das zum Nachteil aller, sei es Hersteller, Betreiber oder Fahrgäste, zu teuren Preisen führen wird. Daher versuchen wir aufzuzeigen, dass eine externe Finanzierungslösung durch einen Bankenkredit, nicht immer die beste Lösung ist, sondern man mit Anzahlungen und fairen Cashflow dem Inflationsdruck zum Teil entgegenwirken kann.

Die Vergabe des Auftrags, das S-Bahn Projekt Neue S-Bahn 2 (NSB2), durch die Länder Berlin und Brandenburg erwarten wir im Jahr 2025 und haben intern bereits mit ersten Vorbereitungen und Vorprojekten vor der eigentlichen Auftragsvergabe gestartet.

Der Umsatz, den die Gesellschaft als zweiten wichtigen Leistungsindikator verfolgt, betrug 466,8 Mio. EUR und lag damit weit unter dem Vorjahreswert von 990,2 Mio. EUR.

Dabei lag der Schwerpunkt der Umsatzanteile mit 53 % im Segment Regionalfahrzeuge (Vorjahr: 72 %). Auf das Segment der Stadtbahnen entfielen 10,5 % (Vorjahr: 7 %), auf TailorMade Fahrzeuge 34,2 % (Vorjahr 19 %) und auf Sonstiges 2,3 % (Vorjahr 2 %).

Das Jahr 2023 war geprägt von dem Mangel an Personal, den steigenden Materialpreisen sowie der allgemeinen marktwirtschaftlichen Unsicherheit, die seit Februar 2022 durch den Krieg in der Ukraine vorherrscht, die das finanzielle Resultat der Unternehmung stark belasteten. Trotzdem konnten wir alle Auslieferungen, wo die Zulassungen vorlagen, vornehmen und den Ausbau über die STAP Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH den Bauabschnitt II mit dem neuen Logistik-Center zum November 2023 fertigstellen und die Tätigkeiten aufnehmen.

In 2023 wurden die Prozesse und Systeme der Gesellschaft weiter auf die Migration und das „GO-LIVE“ im August 2023 in das neue ERP vorbereitet und finalisiert. Zusätzliche Super User haben an dem ERP-Projekt SPEED zusammen mit der Schweiz einen Standard für die Gruppe entwickeln können, der später auch für andere Gesellschaften in der Gruppe genutzt werden kann. Dieses ERP wird uns dann erlauben, den Fabrikausbau (Bauabschnitt I), das Heranziehen der Logistik (Bauabschnitt II), die firmeninternen Arbeitsabläufe und Prozesse besser zu strukturieren und zu automatisieren, was uns gegenüber heute eine signifikante Verbesserung in der Datentransparenz für Planung, Steuerung und betrieblichen Einsatz von Ressourcen bringen wird. Wir sind überzeugt, dass wir die Liefertaktung, die Materialisierung und somit die Durchlaufzeit massiv verbessern, verkürzen und anpassen können, was für den Kunden noch höhere Qualitäts- und Planungssicherheit auf seiner Seite bringen wird. Diese Investitionen hier in Berlin für Berlin sind wichtig, um die Marktposition zu festigen.

Das Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern) lag mit -84,4 Mio. EUR unter unseren Erwartungen. Steigende Preise und Energiekosten (Inflation) kombiniert mit den steigenden Lohnkosten und Zinsen führten zu einem toxischen Umfeldmix, welcher das Ergebnis 2023 negativ prägte. Hinzu kam eine das gewöhnliche Maß übersteigende Wertberichtigung auf die Vorräte in Höhe von 31,4 Mio. EUR. Hingegen in den Streit- und Gerichtsverfahren konnten wir weiter viele final abschließen und es kamen keine neuen Gerichtsverfahren hinzu.

4. Forschung und Entwicklung

Der Schwerpunkt der Arbeiten bei der Stadler Deutschland GmbH lag im Jahr 2023 in der Abwicklung der gewonnenen Aufträge und der damit verbundenen Neu- und Weiterentwicklung von Produkten und Technologien. Dabei standen Entwicklungen zu neuen Antriebs- und Energiespeichertechnologien wie Batterie und Wasserstoff im Vordergrund.

Neben diesen Entwicklungsaktivitäten der Stadler Deutschland GmbH bestehen die Aktivitäten vor allem in den projektspezifischen Innovationen auf der Fahrzeug- und Komponenten-Ebene. Ebenso gehen wir die Entwicklung neuer Fahrzeug-Generationen an. Auf der Komponenten-Ebene steht die Weiterentwicklung von neuen Subsystemen mit unseren Zulieferern sowie die Entwicklung eigener, unabhängiger Lösungen im Bereich Fahrgastinformation und Fahrzeugdatenübertragung auf dem Programm.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind die Entwicklungsaufwendungen im Sinne des § 285 Nr. 22 HGB gegenüber dem Vorjahr auf 53,7 Mio. EUR gestiegen (Vorjahr 30,3 Mio. EUR). Die Höhe der Entwicklungsaufwendungen resultiert aus den jeweiligen projektspezifischen Entwicklungsaufwendungen der Fahrzeugaufträge in der Konstruktionsphase.

Im Geschäftsjahr 2023 sind wie im Vorjahr keine aktivierungsfähigen Ausgaben für die Entwicklung neuer Technologien angefallen.

5. DARSTELLUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Ertragslage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr muss die Gesellschaft erneut ein negatives Ergebnis ausweisen. Das Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern), das den dritten wesentlichen Leistungsindikator darstellt, betrug -84,4 Mio. EUR (Vorjahr -8,5 Mio. EUR). Zurückzuführen ist dies auf negative Währungskurseinflüsse und Mehrkosten in den Projekten (vgl. auch Abschnitt 3) sowie eine die übliche Höhe übersteigende Wertberichtigung auf Vorräte von 31,4 Mio. EUR, verursacht durch drohende Verluste in einem Projekt.

Der Umsatz ist im Berichtszeitraum um 523,5 Mio. EUR auf 466,8 Mio. EUR gesunken. Diese signifikante Reduzierung ist auf Auslieferungsverzögerungen und der damit deutlich geringeren Anzahl an ausgelieferten Fahrzeugen in mehreren Projekten zurückzuführen. Zusätzlich waren im Vorjahr große Nachlaufeffekte aufgrund von verspäteten Auslieferungen in verschiedenen Projekten im Umsatz enthalten, die sich im Geschäftsjahr 2023 nicht wiederholten.

Die Erhöhung des Bestandes an fertigen Erzeugnissen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen um 6,0 Mio. EUR (Vorjahr Verminderung um 410,8 Mio. EUR) entspricht dem aktuellen Projektverlauf. Unter Berücksichtigung der erfolgten Wertberichtigung auf Vorräte in Höhe von 31,4 Mio. EUR, die die in der Gesellschaft üblichen Abschreibungen auf Umlaufvermögen übersteigen und auf einen drohenden Verlust in einem Projekt zurückzuführen sind, ergibt sich eine Bestandsverminderung um 25,4 Mio. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Jahresvergleich um 13,3 Mio. EUR auf 61,8 Mio. EUR gestiegen. Die Differenz zum Vorjahr ergibt sich maßgeblich aus den gestiegenen Zuschüssen und Fördermitteln in Höhe von 45,8 Mio. EUR (Vorjahr 25,4 Mio. EUR), welche die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 erhalten hat.

Die Materialaufwandsquote (Materialaufwand / (Gesamtleistung abzüglich sonstige betriebliche Erträge)) erhöhte sich im Berichtszeitraum gegenüber 74,5 % im Vorjahr auf nunmehr 81,1 %. Der prozentuale Anstieg ist auf den im Vergleich zum Vorjahr veränderten Produktmix aus Regionalbahnen und Tailor-Made Fahrzeugen der verumsatzten Fahrzeuge zurückzuführen. Insbesondere sind die Projekte der alternativen Antriebstechnologie durch höhere Materialquoten gekennzeichnet. Gestiegene Rohstoffpreise im Zuge einer angespannten Marktwirtschaft sind unter anderem ein weiterer Faktor.

Der Personalaufwand stieg im Geschäftsjahr um 9,8 Mio. EUR auf nun 104,9 Mio. EUR. Der Anstieg ist vor allem durch die gestiegene Mitarbeiterzahl begründet. Durch die Tariferhöhung sind jedoch auch die Personalkosten je Mitarbeiter gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die resultierende Personalaufwandsquote (Personalaufwand / (Gesamtleistung abzüglich sonstiger betrieblicher Erträge)) steigt aufgrund dessen um 5,8%-Punkte auf 22,2% (Vorjahr: 16,4 %).

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind im Berichtszeitraum um 1,6 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die höheren Werte resultieren im Wesentlichen aus höheren Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände und somit höheren planmäßigen Abschreibungen.

Die Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten, betragen im Berichtszeitraum 31,4 Mio. EUR (Vorjahr: 0,0 Mio. EUR). Die Abschreibung antizipiert die drohenden Verluste aus einem Projekt und entfällt zu 29,1 Mio. EUR auf die unfertigen Erzeugnisse und zu 2,3 Mio. EUR auf die fertigen Erzeugnisse dieses Projektes. Unter Berücksichtigung dieser Wertberichtigung in der Gesamtleistung würden die Materialaufwandsquote 86,9 % und die Personalaufwandsquote 23,7 % betragen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Jahr 2023 um 20,2 Mio. EUR auf 79,9 Mio. EUR gesunken. Wesentliche Treiber dieser Entwicklung waren gesunkene Zuführungen zu Rückstellungen für Gewährleistung, Pönale und Drohverluste (Reduktion 17,2 Mio. EUR) und geringere Aufwendungen aus Kursverlusten (Reduktion 2,6 Mio. EUR).

Das Finanzergebnis hat sich im Jahr 2023 um 7,9 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr auf -10,3 Mio. EUR verschlechtert, was insbesondere auf die Verlustübernahmen aus Beteiligungen (im Geschäftsjahr 2022 Gewinn) zurückzuführen ist. Das Beteiligergebnis beträgt -3,0 Mio. EUR ggü. 6,4 Mio. EUR im Vorjahr. Gegenläufig haben sich Zinsen und ähnliche Aufwendungen um +1,4 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr verringert. Die Verschlechterung des Beteiligungsergebnisses betraf alle Beteiligungsunternehmen. Im Wesentlichen waren bei der Stadler Rail Service Deutschland GmbH, Berlin, eine Margenverschlechterung und ein geringeres Umsatzvolumina sowie die erhöhten Sanierungskosten bei der STAP Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin, die Faktoren, die das Ergebnis negativ im Vergleich zum Vorjahr beeinflussten.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag enthalten im Wesentlichen Aufwendungen aus Vorjahren von 0,1 Mio. EUR (Vorjahr 0,5 Mio. EUR) sowie aus der Auflösung von aktiven latenten Steuern durch die Abwertungen von Verlustvorträgen in Höhe von 3,7 Mio. EUR (Vorjahr 5,5 Mio. EUR).

Insgesamt hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 88,2 Mio. EUR erwirtschaftet. Dies stellt eine Verschlechterung in Höhe von 73,7 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr dar und ist im Wesentlichen auf den Umsatzzugang und steigende Personal- und Materialkosten sowie die notwendige Wertberichtigung von Vorräten zurückzuführen. Sonder- und Einzeleffekte im Geschäftsjahr waren die Erträge aus den Zuschüssen (45,8 Mio. EUR, im Vorjahr 25,4 Mio. EUR) und die Abschreibung auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens (32,0 Mio. EUR, im Vorjahr 0,7 Mio. EUR). Davon entfallen 31,4 Mio. EUR, im Vorjahr 0 Mio. EUR, auf das übliche Maß übersteigende Abschreibungen. Im Vorjahr lag zusätzlich ein einmaliger Sondereffekt aus dem Aufwand aus der Vorfälligkeitsentschädigung für die Ablösung eines Derivats in Höhe von rund 6 Mio. EUR vor.

Finanzlage

Der Bestand liquider Mittel zum 31.12.2023 betrug 66,7 Mio. EUR. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 39,8 Mio. EUR.

Diese Veränderung setzt sich zusammen aus einem Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 14,2 Mio. EUR, einem Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von insgesamt 27,4 Mio. EUR sowie einem Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 53,0 Mio. EUR.

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit ergab sich aus einer Nettoveränderung der Forderungen, Verbindlichkeiten (ohne Cash-Pooling) und Rückstellungen in Höhe von 51,1 Mio. EUR. Des Weiteren ist der Mittelzufluss im Wesentlichen durch die Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen in Höhe von 34,5 Mio. EUR, der Veränderung von weiteren liquiditätswirksamen Positionen in Höhe von 8,9 Mio. EUR und dem Jahresfehlbetrag in Höhe von 88,2 Mio. EUR gekennzeichnet. Der Bestand an erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen insgesamt vor Verrechnung mit den Vorräten stieg im Geschäftsjahr um 112,8 Mio. EUR auf 505,6 Mio. EUR. Diese Entwicklung ergab sich aus der Umsatzreduzierung im Zuge von begonnenen Projekten, die noch nicht final im laufenden Geschäftsjahr finalisiert werden konnten. Auch in diesem Jahr ist es jedoch gelungen, die fertigen und unfertigen Erzeugnisse größtenteils im Wege von Kundenanzahlungen zu finanzieren. Eine Ausnahme bilden die Kundenaufträge ohne Kundenanzahlung KISS ENO und die DB Projekte. Hier wurden die Finanzierungen über unsere Kreditinstitute u.a. durch die Herausgabe eines Schulscheindarlehens (Stand der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum Stichtag in Höhe von 150,7 Mio. EUR, im Vj. 230,7 Mio. EUR) gesichert. Die Erhöhung der erhaltenen Anzahlungen hat, neben dem Mittelzufluss aus Fördermitteln in Höhe von 45,8 Mio. EUR, wesentlich zum Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit beigetragen.

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit wird wesentlich durch den Anstieg der Ausleihungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 23,3 Mio. EUR geprägt. Die Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen entsprechen in etwa den Erträgen aus den Abgängen aus dem Anlagevermögen.

Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich zum einen aus der Einzahlung in die Kapitalrücklage von 73,0 Mio. EUR und zum anderen dem Abschluss einer Darlehens mit der Gesellschafterin. Dem gegenüber steht der Mittelabfluss aus der Rückzahlung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 80,0 Mio. EUR.

Durch die Nutzung des gruppenweites Cash-Pooling zur projektspezifischen Finanzierung zu verbesserten Konditionen sowie durch die Einzahlung in die Kapitalrücklage von 73,0 Mio. EUR war eine Erweiterung der Banken-Finanzierung zum Jahresende nicht notwendig.

Aufgrund des hohen Bestands an erhaltenen Anzahlungen, der Einbindung in das Cash-Pooling des Gesellschafters und einer Intercompany Kreditlinie von über 150 Mio. EUR, zum 31.12.2023 sind 35 Mio. EUR gezogen, sowie der Einzahlung in die Kapitalrücklage war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft in 2023 jederzeit gesichert.

Die Verluste der Vergangenheit und der erwartete Verlust für das kommende Geschäftsjahr können zu Liquiditätslücken bei der Gesellschaft führen. Wir verweisen auf unsere Ausführungen in Abschnitt 6 „Chancen und Risiken der geschäftlichen Entwicklung“.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Stadler Deutschland GmbH hat sich zum 31. Dezember 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 125,9 Mio. EUR auf 412,5 Mio. EUR verringert (Vorjahr: 538,4 Mio. EUR).

Beim Anlagevermögen ist insgesamt eine Erhöhung der Buchwerte um 19,1 Mio. EUR zu verzeichnen.

Die Veränderung ist im Wesentlichen auf den Zugang bei Ausleihungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 23,3 Mio. EUR zu begründen. Die Forderungen aus Ausleihungen bestehen insbesondere gegen die STAP Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH in Höhe von 102,0 Mio. EUR (Vorjahr 76,2 Mio. EUR) sowie die Stadler Rail Service Deutschland GmbH (SRSDE in Höhe von unverändert 34,6 Mio. EUR). Die Vergabe weiterer Ausleihungen an die die STAP Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH ist infolge der Finanzierung zur Fertigstellung des Bauabschnitts II erfolgt.

Des Weiteren haben sich die immateriellen Vermögensgegenstände insgesamt um - 4,4 Mio. EUR verringert, was insbesondere auf Übernahme von Entwicklungsaufwendungen der neuen SAP-Software durch die Gruppe zurückzuführen ist, welche zu einem Abgang der immateriellen Vermögensgegenstände geführt hat.

Die Vorräte vor Verrechnung mit erhaltenen Anzahlungen sind zum 31.12.2023 mit 490,7 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Mio. EUR (Vorjahr: 486,9 Mio. EUR) gestiegen. Sie wurden in Höhe von 490,7 Mio. EUR (im Vorjahr 392,8 Mio. EUR) mit den erhaltenen Anzahlungen verrechnet. Dabei sind die fertigen und unfertigen Erzeugnisse und Leistungen in Summe um 25,4 Mio. EUR gesunken. Die geleisteten Anzahlungen erhöhten sich um 29,1 Mio. EUR. Die Veränderung dieser Posten steht im direkten Zusammenhang mit der Anzahl der in der Produktion und Inbetriebsetzung befindlichen Fahrzeuge sowie der vorgenommenen Abschreibung von 31,4 Mio. EUR auf die unfertigen und fertigen Erzeugnisse.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind gegenüber dem Vorjahresniveau um 95,0 Mio. EUR auf 73,0 Mio. EUR gesunken. Die Veränderung ist auf die zum Jahresende geringere (Teil-)Fakturierung mehrerer Projekte, verglichen mit den Auslieferungen zum Jahresende im Vorjahr, zurückzuführen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen haben sich von 13,9 Mio. EUR auf 10,5 Mio. EUR verringert. Der Rückgang betrifft vor allem die kurzfristigen Forderungen gegen die Stadler Rail Service Deutschland GmbH. Im Vorjahr lag hier eine Forderung aus dem Ergebnisabführungsvertrag vor, dieses Jahr gab es keine solche Forderung.

Durch den Jahresfehlbetrag von 88,2 Mio. EUR und trotz einer Eigenkapitalerhöhung durch Einstellung in die Kapitalrücklage in Höhe von 73 Mio. EUR hat sich das Eigenkapital von 38,4 Mio. EUR auf 23,2 Mio. EUR verringert. Die Eigenkapitalquote liegt nun bei 5,6 % (31.12.2022 bei 7,1 %).

Die Sonstigen Rückstellungen liegen mit 92,2 Mio. EUR in Summe 6,4 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Im Wesentlichen bilden die Rückstellungen des operativen Geschäfts (ausstehende Eingangsrechnungen, gestiegen unter anderen auch wegen einer höheren Materialquote: +3,6 Mio. EUR), die Rückstellungen zur Vorsorge von auftragsbezogenen Risiken sowie die Personalrückstellungen (+ 2,9 Mio. EUR), die größten Posten.

Die Finanzierungsseite ist durch den Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und der Sonstigen Verbindlichkeiten geprägt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken gegenüber dem Vorjahr um 80,0 Mio. EUR und die sonstigen Verbindlichkeiten um 28,4 Mio. EUR. Die Reduktion bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind auf die Rückzahlung einer Projektfinanzierung zurückzuführen.

Weiterhin wird der Passivüberhang der erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen in Höhe von 14,9 Mio. EUR unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Abweichend zum Vorjahr, übersteigen die erhaltenen Anzahlungen um diesen Betrag die Vorräte.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind im Berichtsjahr um 3,4 Mio. EUR auf 121,0 Mio. EUR gesunken. Im Wesentlichen handelt es sich um Cash-Pooling Verbindlichkeiten gegenüber der Stadler Rail AG in Höhe von 70,9 Mio. EUR (im Vorjahr 99,0 Mio. EUR) sowie einem Darlehen in Höhe von 35,0 Mio. EUR (im Vorjahr 0 Mio. EUR). Der Cash-Pool Vertrag wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann monatlich gekündigt werden. Das Darlehen hat eine Kreditlinie von 150 Mio. EUR und eine Laufzeit bis Dezember 2025.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen haben sich um 39,3 Mio. EUR auf 54,7 Mio. EUR verringert, was im Wesentlichen aus dem gesunkenen Bestellobligo resultiert.

Die Geschäftsentwicklung sowie die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft war damit in 2023, insbesondere die Ertragslage und Finanzlage betreffend, nicht zufriedenstellend.

Investitionen

Im Jahr 2023 wurde der Bau des neuen Logistikzentrums, das die Stadler Deutschland GmbH von ihrer Tochtergesellschaft STAP Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH mieten soll, fertiggestellt. In diesem Zusammenhang hat die Gesellschaft Darlehen zur Finanzierung der Investitionstätigkeiten der STAP Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH im Berichtsjahr ausgereicht. Zudem wurden im Jahr 2023 umfangreiche Investitionen zur Einführung der neuen SAP-Software durchgeführt. Der Buchwert der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ist insgesamt um 4,1 Mio. EUR gesunken und liegt nun bei 76,3 Mio. EUR.

Personal

Am Abschlussstichtag waren in der Gesellschaft 1.483 Mitarbeiter beschäftigt, was gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg von 215 Beschäftigten bedeutet.

Der Anstieg ist im Wesentlichen begründet durch den Aufbau von Mitarbeitern in der Produktion und Inbetriebsetzung sowie im Engineering 33 Mitarbeitende.

In der Mitarbeiterzahl enthalten sind zum Stichtag 47 Mitarbeiter in einem Ausbildungsverhältnis (Vorjahr: 47). Die Fluktuationsrate wegen Eigenkündigung bei den fest angestellten Mitarbeitern lag mit 4,3 % unter dem Wert des Vorjahres von 4,8 %.

6. CHANCEN UND RISIKEN DER GESCHÄFTLICHEN ENTWICKLUNG

Die Stadler Deutschland GmbH steht vor zahlreichen Chancen, die sich aus den aktuellen Trends im Schienenverkehr ergeben. Die wachsende Attraktivität des Schienenverkehrs in Ballungsräumen und die verstärkten Diskussionen über umwelt-

freundliche Mobilität schaffen ein günstiges Umfeld für die Geschäftsentwicklung. In diesem Kontext ergeben sich mehrere vielversprechende Möglichkeiten:

Die Stadler Deutschland GmbH sieht in der zunehmenden Attraktivität des Schienenverkehrs aufgrund der Anziehungskraft großer Ballungsräume eine hohe Chance für die geschäftliche Entwicklung. Der öffentliche Diskurs über einen ökologisch sinnvollen Personenverkehr verstärkt diese positive Entwicklung zusätzlich.

Die steigende Nachfrage nach Bahnprodukten wird durch die fortgesetzte Diskussion um CO2-Reduktionen weiter begünstigt. Dies eröffnet der Stadler Deutschland GmbH die Möglichkeit, ihre Position im Markt auszubauen und von der wachsenden Nachfrage nach umweltfreundlichen Transportlösungen zu profitieren.

Insbesondere im Bereich des Stadtverkehrs bietet der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel zusätzliche hohe Wachstums- und Geschäftschancen. Die erwartete Beschleunigung des Ausbaus von S-Bahnen und Regionalverkehrsnetzen stellt für die Stadler Deutschland GmbH eine vielversprechende Möglichkeit dar, ihre Marktpräsenz zu stärken.

Alternative Antriebstechnologien bieten ebenfalls große Wachstumschancen. Sie ermöglichen eine schnellere Realisierung von Streckenausbauten und sind besonders wichtig für nicht elektrifizierte Strecken, was der Stadler Deutschland GmbH einen guten Wettbewerbsvorteil durch ihr Produktportfolio in Ausschreibungen verschafft.

Die bevorstehenden großen und wichtigen Ausschreibungen, wie NSB2, bieten der Stadler Gruppe weitere Wachstumschancen. Die erfolgreiche Auslieferungs-Performance der S-Bahn Berlin unterstreicht die Fähigkeit der Stadler Deutschland GmbH, sowohl Fertigungsprozesse als auch vertragliche Bedingungen effizient zu managen.

Zusätzliche gute Chancen ergeben sich durch die wachsende Installed Base von Stadler-Produkten und -Dienstleistungen. Das Bestreben der Betreiber, über typenreine Fahrzeugflotten zu verfügen, fördert die Nachfrage nach Stadler-Produkten, was wiederum das Geschäft mit Ersatzteilen, Reparaturen und Modernisierungen ankurbelt.

Trotz der positiven Marktbedingungen sieht sich die Stadler Deutschland GmbH auch verschiedenen Risiken gegenüber, die die Geschäftsentwicklung negativ beeinflussen könnten. Die Herausforderungen reichen von intensiver Wettbewerbssituation bis hin zu externen Faktoren wie geopolitischen Unsicherheiten. Nachfolgend werden die wesentlichen Risiken angegeben und die damit verbundenen Maßnahmen, um diesen Herausforderungen zu begegnen:

Die große Wettbewerbsintensität während der Vertragsanbahnung kann dazu führen, dass die gewünschten Regelungen zur Risikoverteilung nicht immer vollständig durchsetzbar sind, insbesondere angesichts des intensiven Wettbewerbs auf dem Markt. Dies könnte zu Margenverlusten durch Preisdruck oder zur einem Rückgang der Auftragseingänge durch Verzicht der Ausschreibungsteilnahme führen, insbesondere wenn sich Lebenszykluskosten sowie Kosten der Instandhaltung, Nachhaltigkeit und Qualität nicht wie geplant umsetzen lassen. Das Risiko wird als wesentlich eingeschätzt. Trotz Gegenmaßnahmen, wie verbesserter Vertragsverhandlungen des

Vertriebs und einer kontinuierlichen Verbesserung unserer operativen Performance, bleibt dieses Risiko wesentlich, da der Markt weiterhin sehr umkämpft ist.

Steigende Zinsen, unter anderen auch indirekt beeinflusst durch den Ukraine-Krieg, könnten insbesondere bei Projekten mit geringen Anzahlungsvolumina zu einem höheren Finanzierungsbedarf und zu einer Erhöhung der Finanzierungskosten führen. Das Risiko wird als mittel eingeschätzt. Alternative Finanzierungsstrategien, ein regelmäßiger Austausch mit Banken und die enge Abstimmung mit der zentralen Treasury-Gruppenfunktion und Finanzierungsstrategien über die zentralen Treasury-Gruppenfunktion dienen als Gegenmaßnahmen. Angesichts dieser Maßnahmen wird das Risiko als mittel eingeschätzt.

Abwicklungsprobleme während der mehrjährigen Auftragslaufzeit, wie mögliche Lieferverzögerungen kritischer Komponenten oder möglicher Schnittstellenfehler zwischen Subsystemen, können zu Mehrkosten, Terminverzügen, Vertragsstrafen und Schadensersatzpflichten führen. Diese Risiken liegen im Projektgeschäft generell vor und sind ein wesentliches Risiko. Diese können sich auf die Profitabilität und den Cashflow auswirken. Unter Berücksichtigung der Gegenmaßnahmen, wie ein aktives Management der Projekte sowie der gesamten Wertschöpfungskette inklusive der Überwachung und Optimierung des gesamten Unternehmensprozesses, wird das Risiko als gering beurteilt.

Preissteigerungen durch Inflation, verstärkt durch den Ukraine-Krieg, könnten die Produktionskosten erhöhen und die Margen verschlechtern. Das Risiko wird als wesentlich eingeschätzt. Die kontinuierliche Überwachung der Lieferantenpreise und Verhandlungen mit Alternativlieferanten sollen helfen, dieses Risiko zu minimieren. Nach Maßnahmen wird das Risiko als mittel bis gering bewertet.

Punktuelle Abhängigkeiten bei der Beschaffung von bestimmten Komponenten und Dienstleistungen können zu Lieferverzögerungen und Vertragsstrafen führen, insbesondere durch Unterbrechungen in den Lieferketten. Das Risiko kann sich auf die Rentabilität und den Cashflow auswirken. Ein aktives Lieferantenmanagement und die möglichst frühzeitige Identifikation von Engpässen führen zur Beurteilung dieses Risikos nach Maßnahmen als gering.

Der zunehmende Fachkräftemangel, insbesondere das Fehlen von Fachkräften und die Fluktuation von Schlüsselpersonen, könnte die Personalkapazität beeinträchtigen und zu Umsatzeinbußen führen. Die Stadler Deutschland GmbH begegnet diesem Risiko durch Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung und Verbesserung des Einstiegsprozesses. Nach Maßnahmen wird das Risiko als gering bewertet.

Unerwartete technische Probleme bei der Entwicklung oder Zulassung von Fahrzeugen, wie möglich Softwareabstimmungen oder Inkompatibilitäten von Komponenten, könnten die Erfüllung technischer Anforderungen verzögern, was zu erheblichen Zusatzkosten führen kann. Dieses Risiko wird durch die Verwendung erprobter Vorgehensweisen und Prozesse sowie modularer Fahrzeugkonzepte verringert. Nach Maßnahmen wird das Risiko als gering eingeschätzt.

Die politische Lage, die weiterhin als fragil eingeschätzt wird, unter anderem auch durch den Ukraine-Krieg, könnten geplante Vergabetermine verzögern und dadurch

zu Auslastungsproblemen führen. Das hätte Auswirkungen auf Auftragseingang und Umsatz sowie auf das Ergebnis und den Cashflow. Die kontinuierliche Beobachtung der Lage und flexible Anpassungen in der Planung sollen das Risiko mindern. Nach diesen Maßnahmen wird es als gering eingestuft.

Eine Abnahme der Attraktivität des Schienenverkehrs und eine sinkende Nachfrage infolge sinkender Nutzerzahlen könnten die Geschäftsentwicklung negativ beeinflussen, insbesondere durch Herausforderungen bei der Akquisition neuer Aufträge. Dieses Risiko wird durch Marktbeobachtung und Anpassung der Vertriebsaktivitäten adressiert. Es wird vor und nach Maßnahmen als gering eingeschätzt.

Geschäfte in Fremdwährungen, insbesondere in Schweizer Franken, könnten durch Währungskursschwankungen und die schwache EUR-CHF-Kursentwicklung zu höheren Kosten führen, verstärkt durch den Ukraine-Krieg, und sich auf die Margen auswirken. Aufgrund gestiegener Absicherungskosten verzichtet aktuell die Gesellschaft auf Währungsabsicherungen, was das Risiko theoretisch erhöht. Dennoch wird das Risiko des aktuellen Auftragsportfolio vor und nach Maßnahmen als gering eingestuft.

Die hohe Preisvolatilität im Bereich von Öl und Gas, verstärkt durch den Ukraine-Krieg, könnte die Materialkosten unvorhersehbar beeinflussen und sich auf die Margen auswirken. Die jüngsten Entwicklungen zeigen jedoch eine Entspannung, was das Risiko verringert. Durch agile Anpassungen und alternative Lieferantenstrategien wird das Risiko als gering bewertet.

Mögliche Mängel während der Gewährleistung, einschließlich versteckter Mängel, die bereits beim Kauf von Verbrauchern vorhanden waren, jedoch erst später entdeckt wurden, können zu erhöhten Pönaleaufwendungen und Reputationsverlusten führen. Die Verwendung bewährter modularer Fahrzeugkonzepte sowie die strikte Einhaltung hoher Qualitätsstandards und umfassende interne Prüfungen sollen helfen, dieses Risiko zu mindern. Nach diesen Maßnahmen wird das Risiko als gering eingestuft.

Die steigenden Qualitätsanforderungen und technischen Anforderungen könnten zu höheren Produktionskosten und potenziellen Verzögerungen führen, insbesondere wenn es Herausforderungen bei der Erfüllung technischer Anforderungen oder bei der Entwicklung und Zulassung von Fahrzeugen gibt. Technische Probleme, wie z. B. Unregelmäßigkeiten in der Konstruktion oder beim Testen, können ebenfalls zusätzliche Kosten und Verzögerungen verursachen. Durch ein strenges Qualitätsmanagement, umfassende interne Prüfungen und Zertifizierungen nach internationalen Standards soll dieses Risiko minimiert werden. Nach diesen Maßnahmen wird es als gering bewertet.

Der erwartete Verlust für das kommende Geschäftsjahr und die notwendige Vorfianzierung der Abarbeitung von Aufträgen können zu Liquiditätslücken bei der Gesellschaft führen, die von der Gesellschafterin geschlossen werden müssen. Zu diesem Zweck hatte die Gesellschafterin eine bis zum 31.12.2026 befristete und auf 450 Mio. EUR betraglich begrenzte Patronatserklärung erteilt. Diese wurde im Juni 2025 auf den Betrag von 310 Mio. EUR reduziert. Die Laufzeit ist identisch geblieben. Weiterhin wurde ein Forderungskaufvertrag mit einem Volumen über 400 Mio. EUR abgeschlossen, durch welchen die Gesellschaft Forderungen mit rechtlichem Entstehen verkaufen kann.

Die Gesellschaft hat eine sehr wichtige Stellung für die Stadler Rail Group aufgrund der Bedeutung des deutschen Marktes und der Entwicklungsaktivitäten, welche die Gesellschaft für die Stadler Rail Group durchführt. Auf dieser Grundlage gehen wir von der Aufrechterhaltung der finanziellen Unterstützung der Gesellschafterin aus und schätzen die Liquiditätsrisiken als mittel ein.

7. Erklärung zur Unternehmensführung

Die Stadler Deutschland GmbH ist der Auffassung, dass Vielfalt bei der Besetzung von Führungspositionen wertvoll für die Entwicklung des Unternehmens ist. Sie hat sich daher intensiv mit der Umsetzung der Anforderungen der §§ 36 und 52 GmbHG in Verbindung mit § 289 f Abs. 4, Abs. 2 Nr. 4 HGB befasst.

In der Geschäftsführung sind derzeit keine Frauen vertreten. Das entspricht der Zielfestlegung im Vorjahr. Gegenwärtig legen wir eine Frauenquote für die Geschäftsführung von 0 % für die nächsten 3 Jahre fest, da die Geschäftsführung erst vor Kurzem neu besetzt wurde und während der Frist keine Neubesetzungen erwartet werden. Bei der Neubesetzung von Geschäftsführungspositionen soll das nicht vertretene Geschlecht bevorzugt werden und es werden Anstrengungen vorgenommen, dieses Verhältnis zu verändern.

In den ersten beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung wird gemäß der Festlegung der Geschäftsführung vom 23.03.2022 angestrebt, dass Frauen in dem Maße vertreten sind, wie es ihrem Anteil an der Gesamtbelegschaft entspricht. Die Quote lag per 31.12.2023 jeweils bei 14 %. Der Frauenanteil an der Gesamtbelegschaft lag bei 15 %. Die Geschäftsführung strebt an, die Zielgröße innerhalb der nächsten 3 Jahre bis 2026 jeweils zu erreichen.

8. AUSBLICK

Die Geschäftsführung hat ihre Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung 2024 in ihrem Finanzplan angepasst. Mit der Einführung des ERP-Systems zum 1. August 2023 und dem Start des Logistik-Centers erwartet die Geschäftsführung Einmalkosten und Initialkosten für das Aufsetzen der neuen Systeme und Prozesse. Die Geschäftsführung erwartet keine neuen Restriktionen oder ein Wiederaufleben von neuen Corona Maßnahmen oder negative Entwicklungen aus dem Ukraine Konflikt. Wir haben viel in die Absicherung der Lieferketten investiert und sind überzeugt, dass wir mit der Einführung des ERP- Systems eine positive Entwicklung in Planung und Steuerung der Materialflüsse sehen werden und wir so viele Überraschungen mit Transparenz und integraler Planung abfangen können. Wir investieren weiterhin viel in unser Personal, um die Kompetenzen unsere Mitarbeiter weiterzuentwickeln.

Die Situation in der Ukraine und die Verwerfungen an den Rohstoffmärkten betreffen uns nur zum Teil. Was uns weiterhin Sorge bereitet, sind die schnellen und generellen Preissteigerungen und die laufend steigenden Zinsen. Wir sind zwar in vielen Projekten mit Preisgleitklauseln abgesichert, nichtsdestotrotz sind diese Preisspiralen ein Risiko bei den Materialkosten der Projekte oder Investitionen aber auch ein Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes. Dank unseren Kundenkontakte, die wir stets gepflegt haben, stoßen wir auf Verständnis und auf Verhandlungsbereitschaft. Wir haben im Budget 2024 höhere Lohnkosten prognostiziert sowie eine Stabilisierung der Rohstoffmärkte.

Nach dem enttäuschenden Auftragseingang im Jahr 2023 rechnet die Gesellschaft aufgrund der stark verschobenen Ausschreibungen für 2024 nur verhaltend optimistisch mit weiteren Bestellungseingängen im Bereich der alternativen Antriebstechnologie und S-Bahnen. Insgesamt soll der Auftragseingang gegenüber dem Jahr 2023 leicht steigen. Die aktuelle Auftragsvorlage ist nach wie vor aufgrund des erfreulichen Auftragseingangs 2022 sehr stark. Die geplanten Umsätze für das Jahr 2024 werden deutlich unterhalb des Niveaus von 2023 liegen und damit auch das erwartete Ergebnis sowie der Cash Flow. Jedoch ist die Auslastung bis weit in die Zukunft sehr gut und lässt gute zukünftige Ergebnisse vermuten. Die Fertigstellung der Großinvestition am Standort Pankow wird ein zentraler Meilenstein in der Geschichte dieses Standortes sein und wird die Prozesssicherheit im Materialfluss in der Produktion und IBS (Inbetriebsetzung) nochmals deutlich beflügeln und den Output deutlich steigern lassen. Wir sind zuversichtlich, dass das bessere Zusammenspiel aller Disziplinen (u.a. Projektabwicklung) sich zukünftig positiv auf die Produktionszeit und somit auf die Auslieferungstreue auswirkt. Das Betriebsergebnis für das Jahr 2024 wird gegenüber dem Jahr 2023 stark sinken, weil uns die Initialkosten und Lernkurven sowie die bereits erwähnten vertraglich festgesetzten Verumsatzungsregeln nach HGB

noch im Jahr 2024 belasten werden. Wir gehen für die Jahre 2025 und 2026 von deutlichen Verbesserungen aus und sind sehr zuversichtlich, dass wir diese mit den neuen Investitionen erreichen werden.

Die Finanzierung des Betriebes und Geschäftes für die nächsten 12 Monate ist nach dem derzeitigen Stand der Unternehmensplanung unter Berücksichtigung der Patronatserklärung der Gesellschafterin gesichert. Für das Geschäftsjahr 2024 geht die Geschäftsführung demzufolge von einem ähnlichen Niveau der Auftragslage, sowie von einem deutlich niedrigeren Niveau der Umsatz-, Ertragslage und des laufenden Cash Flows aus. Aufgrund der durch die Geschäftsführung initiierten Maßnahmen, erwartet die Geschäftsführung eine schrittweise Verbesserung in den dann darauffolgenden zwei Jahren.

Berlin, den 31. März 2025

Stadler Deutschland GmbH

Jörg Nuttelmann

Geschäftsführer

Martin Fleischer

Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Stadler Deutschland GmbH, Berlin

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Stadler Deutschland GmbH, Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Stadler Deutschland GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt 7 „Erklärung zur Unternehmensführung“ des Lageberichts enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt 7 „Erklärung zur Unternehmensführung“ des Lageberichts enthalten ist.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsysten und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungs nachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungs nachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungs nachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsyste m, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hinweis zur Nachtragsprüfung

Diesen Bestätigungsvermerk erteilen wir zu dem geänderten Jahresabschluss und geänderten Lagebericht aufgrund unserer pflichtgemäßen, am 20. November 2024 abgeschlossenen Prüfung und unserer am 23. Juni 2025 abgeschlossenen Nachtragsprüfung, die sich auf die erforderliche Wertberichtigung von Vorräten eines Projektes bezog und sich auf den Bestand der Vorräte, des Eigenkapitals, der Verbindlichkeiten und der Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten und des Jahresfehlbetrages bezog. Zudem wurde die Berichterstattung über Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag im Anhang aktualisiert. Auf die Darstellung der Änderungen durch die gesetzlichen Vertreter im geänderten Anhang, Abschnitt A. ALLGEMEINE ANGABEN“ Unterabschnitt „Änderungen des Jahresabschlusses“ und Abschnitt „Berichterstattung über Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag“, sowie im geänderten Lagebericht, Abschnitt „Änderungen des Lageberichts“, wird verwiesen.

Berlin, den 20. November 2024/begrenzt auf die im Hinweis zur Nachtragsprüfung genannte Änderung: 23. Juni 2025

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Waubke
Wirtschaftsprüfer

Knollmann
Wirtschaftsprüfer

